

Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICH'S FREIHEIT

Nr. 2

März 1969

Preis S 3.-

20. NOVELLE

Vorsprache bei Bürkle

Anfang Februar empfing Staatssekretär Bürkle im Parlament die Vertreter der drei Opferorganisationen. Unter Führung des Bundesobmannes der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, LAvg. GR Hans Leinkauf, legten die Vertreter der Interessenverbände ihre Meinung zur 20. Novelle des OFG dar. Kam. Leinkauf brachte insbesondere zum Ausdruck, daß die politisch Verfolgten zur Avantgarde dieses Staates zählen, daß sie die Mitbegründer Österreichs sind und gerne im Ausland immer wieder dann hervorgehoben werden, wenn man den Widerstand Österreichs gegen die deutsche Okkupation beweisen will. Aus diesem Erwägungen heraus wäre es nur richtig, sagte Leinkauf, wenn man die Wünsche der politisch Verfolgten berücksichtige.

In einer eingehenden fast eineinhalbstündigen Debatte wurden dem Staatssekretär die einzelnen Forderungen und Wünsche vorgetragen. Er sagte zu, diese Forderungen auch dem Finanzminister bekanntzugeben. Die Vertreter der Verbände hatten den Eindruck, daß sie bei Staatssekretär Bürkle weitgehendes Verständnis fanden, wobei die Vertreter der Organisationen ihrerseits Verständnis für die staatsfinanzielle Situation und für die budgetären Auswirkungen haben.

In diesem Zusammenhang sei wieder einmal daran erinnert, daß unser zu früh verstorbener Bundesobmann Hofrat Frisch einmal im Parlament davon sprach, daß es beim Opferfürsorgegesetz nur mehr Fassadenänderungen geben sollte. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten ist auch heute der Meinung, daß es nur mehr um Fassadenänderungen geht. Trotzdem ist — wie schon wiederholt festgestellt wurde — das Leben stärker als alle Gesetze, und so kommt es immer wieder vor — und die bisherigen 19 Novellen zum OFG beweisen dies —,

daß man neue Forderungen stellen muß, weil einfach das Gesetz den geänderten Lebensverhältnissen auch der politisch Verfolgten angepaßt werden muß.

In diesem Zusammenhang ist eine Statistik nicht uninteressant, die kürzlich das Bundesministerium für soziale Verwaltung, Opferfürsorgereferat, den Mitgliedern der Opferfürsorgekommission zur Verfügung stellte. Aus dieser Sta-

tistik geht hervor, daß die Zahl der Opferrentenbezieher nur mehr 4869 beträgt, während sich die Gesamtzahl der Rentenbezieher auf 7456 beläuft. Dies zeigt, daß die Zahl der Rentenbezieher in den vergangenen Jahren erheblich gesunken ist. Die Abordnung, die bei Staatssekretär Bürkle vorgesprochen hat, stellte fest, daß die Aufwendungen des Staates für die politischen Opfer des Nazismus ohnehin geringer werden, eine Verbesserung bzw. Beseitigung von Härten in den bestehenden Gesetzen daher nur gerechtfertigt erscheine und zu keiner finanziellen Mehrbelastung des Staates führe.



Nationalratspräsident Dr. Maleta, Träger des Ehrenringes der ÖVP-Kameradschaft der Politisch Verfolgten, stand im Mittelpunkt einer Ehrung durch die Bundeshauptstadt. (Siehe Bericht auf Seite 3.)

Zweiter Sachsenhausenprozeß

FÜR ZWÖLF MONATE ANGESETZT — 100.000 KAMEN UM

Am 20. Jänner begann vor dem Kölner Schwurgericht der zweite große Sachsenhausenprozeß. Nach Ansicht von Kennern wird er die Strafkammer, Anklagevertretung und 16 Verteidiger rund zwölf Monate beschäftigen.

Der Ende Mai 1948 abgeschlossene erste Sachsenhausenprozeß hatte keinesfalls alle noch lebenden Beteiligten erreicht und ihre Verbrechen abgehandelt. Die nach dem Urteil aufgetauchten Unterlagen waren so gravierend, daß ein zweiter Prozeß anberaumt werden mußte. Jahrelange Vorbereitung mit unzähligen Rechtshilfeersuchen führten zu Aktenbergen bis unter die Decke. 180 Zeugen werden vernommen werden. Medizinische und zeitgeschichtliche Gutachter müssen ihre Expertisen abgeben.

Von den neun Angeklagten ist der 36jährige ehemalige SS-Oberscharführer Otto Kaiser bereits im ersten Prozeß wegen versuchten sechsfachen Mordes zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er hat sich wieder schwersten Beschuldigungen zu stellen. Die anderen acht Angeklagten hatten bis zur Anklageerhebung das Leben biederer Bürger und kleinen Kleinbürger gespielt. Alle Angeklagten gehörten zu den unteren Chancengruppen des Lagers. Die Taten, die ihnen vorgeworfen werden, gleichen den Ereignissen aus einem Inferno.

Das rund 20 Kilometer nördlich von Berlin gelegene Konzentrationslager Sachsenhausen gehörte zu den berühmtesten Mordstätten des NS-Regimes. Inzwischen waren führende Widerstandskämpfer aus besetzten Ländern und bekannte Politiker, die heute zum Teil in leitenden Stellungen der Justiz und der Staatsverwaltung tätig sind, in seinem Sachsenhausen-Buch „Die Zäsur der Entscheidung“ schrieb der Luxemburger Gregor Stein: „Gott schläft, und seine Geschöpfe leiden.“

Im „Arbeitskommando Klinkerwerk“ mußten Häftlinge in schwerster körperlicher Arbeit Ziegelsteine herstellen. Im „Nebenlager Lichtfeld“ waren Häftlinge untergebracht, die in den Zehndorfer Spinnstoffwerken arbeiten mußten. Im „Nebenlager Drögen“ bauten Häftlinge die SD-Schule Drögen auf. Im erbsamkeitwürdigen Kartoffelfeldspendebereich gingen über 100.000 Menschen zugrunde. Die genaue Zahl läßt sich nicht mehr feststellen.

An einer Lagermauer stand der Spruch: „Es gibt einen Weg zur Freiheit! Seine Meilensteine heißen: Fleiß, Gehorsam, Ehrlichkeit, Ordnung, Sauberkeit, Näch-

ternheit, Wahrhaftigkeit, Opferinn und Liebe zum Vaterland!“

Sachsenhausen gehörte zu den bestbewachten Lagern. Nur einmal, am Anfang, gelang es sechs Häftlingen, durch einen unterirdischen Tunnel zu entweichen.

Der Tag begann mit Wecken um 4.30 Uhr. Zum abendlichen Zählappell mußten die Toten, die während der Arbeit „angefallen“ waren, mitgebracht werden. Zu den „beliebtesten“ Tötungsarten gehörte Erschießen auf angeblicher Flucht, wenn ein Häftling gezwungen wurde, die ihm vom Kopf gerissene und über den Zaun geworfene Mütze wieder zu holen. Aber auch „Sporttreiben“ bis zum Umfallen, Ertränken in Erdtrübnissen und Erschlagen mit Gewehrköpfen waren Tötungsarten. Einer der Häftlinge wurde mitten im Gebet erschossen. Die Leichen wurden in den ersten Jahren des Krieges in einem Berliner Krematorium eingescharrt.

Eines der überlieferten Kapitel in der Geschichte des Lagers Sachsenhausen sind die Erschießungen russischer Kriegsgefangener. Auf Grund des Hitlerischen Kommissarsbefehls, der rücksichtslose Ausrottung der geistig führenden Schicht des sowjetischen Offizierskorps befahl, wurde die Elite der gefangenen Russen von der SS ausgelesen und in als ärztliche Untersuchungsraum getarnten Erschießungsbaracken ermordet. Die Angaben über die so Getöteten schwanken zwischen 10.600 und 15.000. Um die Aufhellung dieses Tatkomplexes wurde schon im ersten Prozeß gerungen, aber eine sichere Rekonstruktion erscheint unmöglich.

Zensur in Spanien

Der Ausnahmezustand in Spanien, der mit der Begründung verhängt wurde, er sei zur Wiederherstellung der Ordnung an den Universitäten notwendig, treibt eine Unzahl absonderlicher Blüten, die charakteristisch für ein totalitäres Regime sind. So ist auch wieder die Presse- und Bücherzensur am Werk mit allen ihren grotesken Übertreibungen. Zu den verbotenen Büchern gehören nicht nur die Werke von Marx und Engels, das Tagebuch Ernesto Che Guevaras und die Biographie Ho Tsching-minhs, sondern auch Bücher von Geistlichen über religiöse und soziale Themen. Auch auf Schallplatten mit Protestgesängen und Liedern der aufständischen Basen haben die Zensoren es abgesehen.

29 amerikanische Intellektuelle haben sich in einem Telegramm an UN-General-

sekretär U Thant gewandt, Spanien möge die Bestimmungen der Menschenrechtscharta der UN respektieren, deren Mitglied es ist.

NPD-Parteitag mit Polizeischutz

Unter schwerer Polizeibewachung ging in der einstigen „Stadt der Reichspartei“ der Parteitag der neonazistischen NPD in Szene, nachdem es sich als unmöglich erwiesen hatte, diesen Parteitag in Bayreuth abzuhalten. Die vorwiegend sozialistischen Demonstrationen vor dem Parteitagsgelände forderten ein Verbot der NPD und böhnten die Polizei auf der provokanten Frage, ob es zu ihren Aufgaben in einem demokratischen Staat gehöre, die Neonazi zu schützen.

Während der Rede des NPD-Vorsitzenden Thadden kam es zu einem Zwischenrufgeplänkel zwischen dem Redner und Frau Beate Klarsfeld, jener Dame, die Bundeskanzler Dr. Kiesinger auf dem CDU-Parteitag in Berlin geohrfeigt hatte, wofür sie ein Jahr Gefängnis erhielt. Frau Klarsfeld hielt sich auf der Pressetribüne des Parteitages auf.

Mordprozesse

Wegen Beihilfe zum Mord an dem bekannten SPD-Redakteur Felix Fechenbach, der am 7. August 1933 bei seiner Überstellung in das KZ Dachau „auf der Flucht erschossen“ wurde, ist der ehemalige SS-Standartenführer Gruettmeyer von einem Gericht in Paderborn zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er braucht aber die Strafe wegen seines „hohen Alters“ und wegen „Krankheit“ nicht abzusitzen. Außerdem wurden ihm nicht die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt.

Mit ähnlicher Milde rechnen auch die Juden- und Zigeunermörder Windisch (ehemals Gauleiter der HJ in Niederösterreich) und Werner, die vor einem Schwurgericht in Mainz stehen. Sie haben 1943/42 an Massenmorden in Weißbrunnen maßgeblich teilgenommen. Sie wirkten dort an der Exekution von 12.000 Juden und einer großen Zahl von Zigeunern mit. Die Anklage stützt sich auf 200 Zeugen, die während der Ermittlungen gehört wurden. 70 Zeugen werden in der vermutlich vier Monate dauernden Verhandlung vor Gericht erscheinen.

Der Prozeß gegen Windisch und Werner war schon im Oktober 1967 in Mainz eröffnet worden, wurde aber nach sechs Monaten abgebrochen, weil der Präsident des Landgerichtes Mainz eine geheime Mithrasanlage installieren ließ. Windisch erschien bei der Wiederaufnahme der Verhandlung mit einem Karnevalsorden an der Brust, als Zeichen seiner guten Laune und seines unbelasteten Gemütes.

Bekenntnis zur Toleranz

BEDEUTSAME REDE MALETAS IM WIENER RATHAUS

Nationalratspräsident Dr. Alfred Maleta und der stellvertretende Vorsitzende des Bundesrates Porges erhielten kürzlich aus dem Anlaß des 36jährigen Bestehens der Republik vom Wiener Bürgermeister Marek in einer Feierstunde im Wiener Rathaus das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um das Land Wien. Bürgermeister Marek würdigte dabei den Nationalratspräsidenten als einen Politiker, der stets für den Ausgleich der Spannungen und Gegensätze gewirkt habe und weit über die Grenzen seiner Partei hinaus Ansehen und Achtung genieße.

In seiner Dankansprache zeichnete Dr. Maleta in einer Rückschau auf sein eigenes Wirken das Bild eines österreichischen Politikers, der alle Höhen und Tiefen der vergangenen Jahrzehnte miterlebt hat und der sich auch mit den Opfern der politischen Verfolgung verbunden weiß. Die Ausführungen Maletas verdienen es, hier im vollen Umfang wiedergegeben zu werden. Präsident Dr. Maleta sagte in seiner Rede:

Die Stationen im Leben eines Politikers sind Kennzeichen eines steinigen und oft dornenvollen Weges. Es sind Stationen der Enttäuschungen, der Erkenntnis von Fehlern, manchmal schwere Stunden, die bis in das Konzentrationslager und Gefängnis führen, und es sind Stunden, wo sehr wenig an positiver Kritik am Politiker geübt wird. Alle, die im öffentlichen Leben stehen, wissen das von sich selbst am besten zu beurteilen.

Aber so wie die negative Kritik oft unberechtigt war, muß man sagen, daß auch die positive Kritik wohlwollend manche Schattenseiten überdeckt. Mit Dankbarkeit überblicken heute Kollege Porges und ich unser Leben und Ihre Würdigung, verehrter Herr Bürgermeister, vermittelt uns das Gefühl, daß es nicht nur die Ehrung eines neugewetzten Altersrings ist.

In dieser Erkenntnis und in diesem Glauben, muß ich im Namen von Kollegen Porges und im eigenen Namen ein Versprechen ablegen, ein persönliches Versprechen: Die Laudatio wird uns nicht eitel machen, nicht selbstgefällig. Sie soll das Wichtigste im Leben eines Politikers nicht verschütten: die Selbstkritik, und sie soll uns nicht vergessen lassen, daß jeder menschlich ist und daß auch ein Politiker irren kann, wenngleich das manchmal nicht nur für sein Leben, son-

dern für das Leben eines Volkes sich sehr nachteilig auswirken kann.

Aber nicht nur ein persönliches Versprechen ist heute fällig; von aktiven Politikern verlangt man ja auch ein politisches Versprechen.

Ich glaube, das Errungene im Leben, auch im Staat, in einem Volk, muß ständig neu errungen, verteidigt und bewahrt werden. Die Gegenwart ist immer im gleichen Augenblick schon der erste Moment einer Vergangenheit. Wenn wir es nicht zustande bringen, die in der Gegenwart gestellten Aufgaben zu bewältigen, dann haben wir uns oder haben sich spätere Generationen mit unbewältigten Vergangenheiten auseinanderzusetzen. Wir Österreicher können in unserer Geschichte davon lesen und davon ein Lied singen.

Da möchte ich einen einzigen grundsätzlichen Gedanken in den Vordergrund stellen: Wenn der Herr Bürgermeister Kollegen Porges und mich als Politiker der demokratischen Zusammenarbeit gekennzeichnet hat, so soll es gleichzeitig ein Bekenntnis zur Toleranz sein. Der europäische Mensch ist ein Individualist,

er ist ein Träger der Freiheitsrechte, aber der Individualismus und das Bekenntnis zur Freiheit erfordern die Toleranz.

Heute, in der Stunde der Gegenwart, müssen wir doch eines erkennen: Wir, die ältere Generation, haben die Intoleranz, die Gewalt, ihre furchtbaren Schattenseiten kennengelernt. Die Jugend von heute hat nicht das persönliche Erlebnis der Intoleranz. Sie gleicht einem Wanderer auf einem Pfad im Nebel, der den Abgrund nicht sieht, in den er jederzeit stürzen kann.

Ich glaube, in den Funktionen eines Nationalratspräsidenten und eines Vorsitzenden des Bundesrates liegt ganz besonders die Aufgabe beschlossen, Wächter zu sein, wachsam zu sein, daß in der Auseinandersetzung nicht das Gemeinsame verschlagen wird, denn wir alle kennen die Düsternis des Jahres 1934, die Februartage mit ihrer Angst, mit ihrem Fanatismus, mit ihrer Verzweiflung, mit ihrem Elend, mit ihrem blutigen Geschehen. Politiker, die den Bürgerkrieg erlebt haben und die das Konzentrationslager kennengelernt haben, die wissen, was Freiheit bedeutet, was Frieden und

AUS ANLASS DES JAHRSTAGES DER ERREIGNISSE

DES 13. MÄRZ 1938

GEDENKT DIE KAMERADSCHAFT DER POLITISCH VERFOLGTEN

BEI EINEM FEIERLICHEN

REQUIEM

AM DIENSTAG, DEM 11. MÄRZ 1969,

UM 18 UHR

IN DER WIENER MICHAELERKIRCHE

ALLER AUFRICHTEN KÄMPFER, DIE FÜR DIE FREIHEIT
UNSERES VATERLANDES IHR LEBEN LIESSEN.

ANSCHLIESSEND FINDET VOR DEM DACHAUER KREUZ

IN DER MARIENKAPELLE DER MICHAELERKIRCHE

EINE KRANZNIEDERLEGUNG STATT.

Sicherheit für ein Volk und für einen Staat bedeuten. Das ist ein Bekenntnis weit über Parteischranken hinaus.

Ich möchte dabei nicht mißverstanden werden. Der demokratische Politiker hat eine Doppelfunktion: Er ist Repräsentant einer Gesinnungsgemeinschaft. Das Bekenntnis zur Zusammenarbeit soll nicht mit einer verwaschenen Gesinnung verwechselt werden. Nein. Eine profilierte Gesinnungsgemeinschaft ist notwendig für die Demokratie. Aber der demokratische Politiker hat auch ein Partnerschaftsverhältnis in der gemeinsamen Substanz unserer gesellschaftlichen Ordnung und Auffassung. Natürlich schreitet das Leben weiter, natürlich stellt es uns immer wieder neue Aufgaben, natürlich müssen wir uns anpassen und die Zukunft zu gestalten trachten, damit es eben keine unbewältigten Vergangenheit gibt. Aber echte Gesinnung paart sich mit Toleranz. Ich respektiere jeden Mann einer Partei mit einer echten ehrlichen Gesinnung tausendmal mehr als irgendeinen

Schlangentänzer, der nach allem, Seiten hin sich richten will, weil in der Stunde der Not und in der Stunde der Gefahr der Mann mit Gesinnung jener Mann ist, mit dem man rechnen kann und auf den sich auch das Vaterland verlassen kann.

Wir leben in einer aufregenden Zeit. Die Verfassung, der Parlamentarismus — ich habe das oft gesagt — ist gewissermaßen ein gestoppter Augenblick der Geschichte und verpflichtet uns daher ständig zur Konfrontation, zur Auseinandersetzung, weil die geistigen Strömungen der Zeit, wie sie sich spiegeln in den Parteien, in den Ideologien, seien es demokratische oder totalitäre Parteien, sei es im Geschehen der Kirche, auf die Substanz Einfluß nehmen, nämlich auf die Substanz unseres Menschseins im Glauben an das, was für den Menschen gut, richtig und notwendig ist für seine geistige und leibliche Existenz. Und so stehen wir vor einer faszinierenden Aufgabe: vor der Aufgabe der Gestaltung der Zukunft und der Aufgabe der Bewältigung der tagesspolitischen Gegenwart.

auch, daß auch gewichtige Gründe ein Mißtrauen auch gegenüber den Selbstschutzseinrichtungen auf der einen und der anderen Seite rechtfertigen. Wie ehrenwert und selbstlos auch die Motive dieser Selbstschutzeinrichtungen gewesen sein mögen, ihr Wirken war letztlich unheilvoll für den inneren Frieden des Landes.

Man wird es uns nach solchen Erfahrungen nicht übelnehmen, wenn uns angesichts der Existenz einer halblegalen Schutztruppe Unbehagen befällt. Waffen, auch wenn sie in Kellern und Schuppen eingemottet lagern, haben die unangenehme Eigenschaft, sich eines Tages selbstständig zu machen, ein Eigenleben zu entwickeln und ihren Endzweck mitunter auf eine erheblich anderen Weise zu erfüllen, als das diejenigen sich vorstellen, die diese Waffen angeschafft und eingelagert haben. Dem Bauarbeitersoldat Olah soll damit nicht unterschoben werden, er hätte die bewaffnete Garde des „Sonderprojekts“ etwa in der innenpolitischen Auseinandersetzung mit anderen politischen Gruppen einsetzen wollen, es sei denn zu einem echten Schutz der Demokratie. Gerade in der Politik muß aber stets die große Unbekannte in die Rechnung eingesetzt werden. Niemand kann voraussagen, welche politischen Konstellationen morgen und übermorgen existieren und welche Rolle eine bewaffnete Schutzgarde bei irgendwelchen anderen politischen Konstellationen spielen würde.

Gerade die ältere Generation mit ihren leidvollen Erinnerungen an bewaffnete Parteilager hat alle Ursache, vor der Existenz solcher Truppe zu warnen, damit sie nicht eines Tages vor die Situation gestellt werden, gegen irgend jemanden antreten zu müssen.

Der Schutz der Demokratie aber ist zunächst die Aufgabe der staatlichen Ordnungskräfte, und darüber hinaus Aufgabe des ganzen Volkes unter der Führung seiner Politiker. Wir wissen heute, daß es einem Volk möglich ist, seine Freiheit selbst spontan erfolgreich zu verteidigen, der Gewalt auch gewaltlos erfolgreich Widerstand zu leisten und sie zu überwinden.

Die bewaffnete Garde Olahs, vom Ausland her in einer zwar wohlmeinenden, aber doch für die österreichischen Verhältnisse sehr problematischen Weise finanziell unterstützt, hat sich wieder aufgelöst, ohne jemals in Aktion getreten zu sein. Sie ist heute nicht mehr aktuell. Das ist zweifellos das Beste, das man von ihr sagen kann. Der Schutz der Demokratie soll in unserem Land nicht Sache eines „Sonderprojekts“, sondern Sache der staatlichen Ordnungskräfte und darüber hinaus eine Sache des ganzen Volkes sein.

Olahs „Sonderprojekt“

SCHUTZ DER DEMOKRATIE NICHT MIT HALBLEGALEN TRUPPS

Der Olah-Prozeß brachte zum erstenmal in der jüngsten Geschichte einen etwas tieferen Einblick in die Pläne, die Olah im Gefolge der Zerschlagung des kommunistischen Putschversuches im Jahr 1959 hatte. Alles das, was mit dem „Sonderprojekt“ zusammenhing, ist ein sicher nicht unwichtiges Kapitel der österreichischen Nachkriegsgeschichte, das allerdings auch jetzt noch nicht in allen seinen Einzelheiten aufgedeckt ist.

Olah, 1950 durchaus nicht als der gemäßigte Gewerkschaftsführer von später bekannt, setzte auch seine Bauarbeitergewerkschaft gegen die Putschisten des Jahres 1959 ein und hatte gemeinsam mit der Exekutive, den politischen Parteien und anderen Gruppen seinen Anteil daran, daß dieser Putschversuch mißlang. Das Aufgebot der Bauarbeiter war eine spontane Aktion. Das bestätigte auch Staatspolizeichef Dr. Peterhanger in seiner Zeugenaussage.

Aus dieser einmaligen spontanen Aktion, die als eine echte historische Tat in die Geschichte eingehen wird, entwickelte sich dann allerdings eine abseits der Öffentlichkeit und wohl auch abseits der Legalität stehende Schutzgruppe der Demokratie, der man sicher eine gewisse Achtung nicht versagen kann, die sich aber in den Details, die bisher bekannt wurden, mitunter auch als recht dilettantisch und tragikomisch anmutet.

Die Motive dieser geheimen Schutztruppe sind durchaus ehrenwert, das ist keine Frage. Mit dem Versuch, eine wenn auch nicht ganz im Licht der Legalität stehende Verteidigungstruppe zum Schutz der Demokratie aufzustellen, wollte man ein Problem lösen, das in vielen Demokratien überhaupt nicht, in manchen recht unzulänglich und in autoritären Staaten wie Spanien auf recht problematische Weise gelöst ist: Den Schutz des Staates vor kommunistischen Umsturzversuchen.

Man mag der Meinung sein: wenn die offiziellen Einrichtungen der Demokratie, vor allem das Verfassungsrecht, nicht in der Lage sind, die Demokratie wirksam zu schützen, ist die Existenz einer halblegalen Schutztruppe besser als überhaupt keine Schutzvorrichtungen. Das dürfte etwa Olahs Überlegung gewesen sein. Dazu mag noch das Mißtrauen des alten Sozialdemokraten vor den staatlichen Machtinstrumenten gekommen sein, deren harten Griff er selbst vor Jahrzehnten immer wieder zu spüren bekommen hat. Begründet, daß solche Erinnerungen und Erfahrungen das Mißtrauen eines alten Sozialdemokraten gegen die staatliche Exekutive wachhalten und es ihm angezeigt erscheinen lassen, auf eigene Faust für den Schutz der Demokratie zu sorgen.

Aus der Perspektive der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts wissen wir aber

SPD plant „Vorbeugehaft“

EIN VERRAT AN DEN SOZIALISTISCHEN IDEALEN

Unter dem Namen „Vorbeugehaft“ soll in der Bundesrepublik Deutschland die „Schutzhaft“ unseligen Angedenkens ihre Wiederauferstehung erleben. Ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf wurde jedenfalls von der SPD ausgearbeitet. Er soll auch in Kreisen der CDU Zustimmung finden.

Die „Vorbeugehaft“ ist kriminell Verurteilten zugeschieden, die, sofern keine Fluchtgefahr besteht, nicht inhaftiert werden dürfen, wenn sie einen ordentlichen Wohnsitz nachweisen können.

Gegen diesen Plan einer „Vorbeugehaft“ ist in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik bereits eine lebhafteste Protestbewegung im Gange. So zogen in Hamburg Männer in gestreifter KZ-Kleidung durch die Straßen. Vor den Toren des ehemaligen KZ Dachau hat sich eine Mahn- und Protestwache aufgestellt, und auch auf den Plakatwänden machen sich die Proteste bemerkbar, und zwar mit überlebensgroßen Darstellungen von Schutzhäftlingen aus der Nazizeit.

Der Grund für diese Protestwelle ist leicht ersichtlich: man befürchtet, daß

auch politisch unliebsame Personen mit dieser „Schutzhaft“ Bekanntheit machen könnten. So sprach auch der Ordinarius für Strafrecht an der Kölner Universität, Klug, den „dringenden Verdacht“ aus, daß „die Vorbeugehaft für politische Gegner und unliebsame Demonstranten der Außerparlamentarischen Opposition gedacht ist“. Man verweist darauf, daß politische Demonstranten bei öffentlichen Redaktionen sehr leicht als Kriminelle eingestuft werden könnten, auf die die Bestimmungen für die „Vorbeugehaft“ zuträfen.

Besonders stark ist die Protestbewegung gegen diesen Gesetzesentwurf auch innerhalb der SPD selbst, aus deren Gesetzesschmiede diese Initiative kommt. Man verweist auf die bittere Ironie, daß eine Partei, deren Funktionäre schwer unter der „Schutzhaft“ gelitten haben, nun als mitregierende Partei selbst mit derartigen Projekten heraustritt und wertet das vielfach geradezu als einen Verrat an den sozialistischen Idealen.

In seiner Dankrede betonte Major Szokoll, daß er nicht gleich so begeistert war, die ihm verliehene hohe Auszeichnung anzunehmen. Doch als ihm in Moskau ein russischer General anlässlich einer Ausstellung des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes erklärte, daß das Ausland mehr vom Österreichischen Widerstand wisse als die Österreicher, war sein Entschluß gefaßt, die Dekoration anzunehmen. Major Szokoll gedachte in seiner kurzen Ansprache auch der vielen österreichischen Widerstandskämpfer, die nicht mehr unter den Lebenden weilen.

Mahnmal für Theresienstadt

Im Haus der Israelitischen Kulturgemeinde in Wien wurden die preisgekrönten Entwürfe für die künstlerische Gestaltung der KZ-Gedenkstätte Theresienstadt in der CSSR der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine Initiative dazu ging auch von Wien aus, da hier von einer Reihe von Organisationen eine Sammlung durchgeführt wurde, die für die Ausgestaltung des jüdischen Friedhofes in Terezin bestimmt ist.

Theresienstadt, oder tschechisch Terezin, eine Gründung Josefs II. zu Ehren seiner Mutter, war von den NS-Machthabern des

Dritten Reiches als jüdisches „Mustergetto“ geplant und wurde als solches auch ausländischen Delegationen vorgestellt. In Wahrheit wurden hier jedoch 20.000 Menschen in die Vernichtungslager des Naziregimes abtransportiert. Diesen Opfern soll nun eine würdige Gedenkstätte errichtet werden. Die Entwürfe, die in Wien zu sehen sind, stellen das Ergebnis eines Wettbewerbs dar, der in Prag ausgeschrieben wurde und an dem sich eine Reihe junger tschechischer Künstler beteiligt hat.

Die neue Gedenkstätte soll 1975 fertiggestellt sein.

Den Freibetrag anpassen

Wünsche des Kärntner Verbandes

Der Landesverbandsmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten Kärntens nahm in der ersten Landesleitungssitzung nach der im Dezember erfolgten Landesgeneralversammlung die Wahl der Landesfunktionäre vor, wozu der stellvertretende Landesobmann Regierungsrat Ing. Josef Janitz Vorschläge unterbreitet hatte. Sodann verlas Kamerad Pugnig die einstimmig angenommenen Anträge. Sie betreffen u. a. die seit Jahren fällige Anpassung des Steuerfreibetrages von monatlich S 365,— an die inzwischen wesentlich gestiegenen Lebenshaltungskosten, die Tarifbegünstigungen bei den ÖBB und staatlichen Omnibussen für Inhaber von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen, das Beamtenentschädigungsgesetz und die Gehaltsverluste infolge Entlassung oder vorzeitiger Pensionierung, die nur zu einem Bruchteil ersetzt worden sind. Es wird ferner infolge der vielen Novellen eine Wiederverlautbarung des OFG beantragt. Da andere Staaten den politisch Geschädigten wesentlich mehr gegeben haben, sind die ohnehin bescheidenen Forderungen durchaus gerechtfertigt.

Der stellvertretende Landesobmann Altnationalrat Dr. Gottfried Wunder berichtete über die im Dezember durchgeführte Betreuungsaktion bedürftiger Mitglieder und dankte den Stellen, vor allem dem Land Kärnten, die das durch Beiträge ermöglicht hatten. Dann sprach er über die in diesem Jahr vorgesehene kulturelle Arbeit des Verbandes und wurde mit der Durchführung des von ihm vorgeschlagenen Arbeitsprogramms betraut.

Obmann Krim-Obstl. Pugnig dankte allen Mitgliedern der Landesleitung für ihre Bereitschaft, nicht nur in der sozialen und kulturellen Betreuung der Verbandmitglieder, sondern auch in der idealen Aufgabe für das Vaterland Österreich zu wirken.

Wiener Ehrung für Käs und Szokoll

Der Wiener Landeshauptmann und Bürgermeister Bruno Marek überreichte im Beisein zahlreicher Gäste, unter denen sich auch Minister a. D. Dr. Felix Hurdas befand, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Gendarmenoberst Dr. Ferdinand Käs und Major Carl Szokoll.

Der damalige Oberfeldwebel und Freund Major Szokoll, Käs, erreichte am 3. April 1945 den russischen Armeeabst in Hochwolkersdorf. Dort gelang es dem Patrioten, die russischen Offiziere davon zu überzeugen, daß nur ein bestimmtes strategisches Vorgehen den Kampf abbrechen könnte, daß die schweren Luftangriffe auf die Stadt unterbleiben und eine Sonderregelung für die österreichischen Kriegsgefangenen festgelegt werden sollte.

Major Szokoll, dessen Österreichertum immer schon stark ausgeprägt war, verhinderte als Offizier des Wehrkreiskommandos XVII durch gezielte Einlenkungen die restlose Zerstörung Wiens in den düsteren Apriltagen des Jahres 1945. Sein großes Ziel einer Erhebung der Wiener gegen die NS-Machthaber am 20. Juli 1944 mußte auf Grund des Verrates eines Nazi-Offiziers leider mißlingen.

FRANZ KITTEL

„Rechts stehen — links denken!“

ZUR ERINNERUNG AN ERNST KARL WINTER

Am 4. Februar 1969 hat in Wien Doktor Ernst Karl Winter für immer die Augen geschlossen. Am 7. Februar 1969 hat die St.-Severin-Bruderschaft in Heiligenstadt in einer Gedenkfeier an Ernst Karl Winter erinnert. In Gegenwart der Witwe und der Familie des Verstorbenen hat Dozent Dr. Norbert Leser die Persönlichkeit Dr. Ernst Karl Winters gewürdigt. Im wesentlichen sprach Dr. Leser von den wissenschaftlichen Arbeiten und der Bedeutung Dr. Karl Winters als Soziologe und Historiker. Nur am Rande streifte Dr. Norbert Leser Dr. Ernst Karl Winters politische Persönlichkeit, vor allem deshalb, weil Dr. Norbert Leser erst in den Jahren nach dem Kriege zu Ernst Karl Winter gestoßen ist.

Als einer von jenen, die Ernst Karl Winter viele Jahre seines politischen Wirkens in Österreich — vor allem in Wien — begleiten durften, und der auch noch vor seinem Tode mit diesem berühmten österreichischen Soziologen persönlichen Kontakt hatte, möchte ich die Gelegenheit benützen, auf Dr. Ernst Karl Winters politische Bedeutung und Mission zurückzukommen.

Winter war bis zum Jahre 1933 ein Mann der Studierstube, ein Gelehrter, der mit der großen Familie mühsam sein Leben fristete und im besonderen hervorzuheben durch seine Werke über Rudolf den Stifter. Erst das Jahr 1933, vor dem furchtbaren Ereignissen des Februar 1934, brachte Ernst Karl Winter auch in die Politik. Er selbst ein gläubiger und praktizierender Katholik, ein christlicher Mann durch und durch, hatte für die Kommunalpolitik der Sozialdemokratischen Partei und für den Marxismus sehr viele Sympathien und hat sich mit dem Marxismus auch wissenschaftlich auseinandergesetzt. In seinen „Politischen Blättern“, die er ab Frühjahr 1933 herausbrachte, gibt es eine Reihe von Abhandlungen, in denen er auf die Bedeutung des Marxismus hinwies, gleichzeitig aber auch seine Kritik am Marxismus anbrachte.

Die Ausschaltung des Parlaments in Österreich in den Maltagen 1933 hatte Winter als einen entscheidenden Fehler der damaligen Demokratie bezeichnet. Es kam die Zeit des Ständestaates, oder, wie sie von anderer Seite genannt wird, die Zeit des Austrofaschismus. Engelbert Dollfuß, der damalige Bundeskanzler, hatte die Ausschaltung des Parlaments dazu benützt, um mit dem Notverordnungsrecht aus dem Jahre 1917 zu regieren. Es gab kein Parlament, es gab keine

gesetzgebende Körperschaft, die Regierung wurde ernannt und basierte nicht mehr auf dem Vertrauen des Volkes. Dr. Ernst Karl Winter, im Grunde seines Herzens Demokrat und Anhänger der Monarchie, hatte an diesem System Kritik geübt und begab sich hier sehr stark auf die Seite der schwer um ihre Existenz

Aktionen gegen die „Nationalzeitung“

Die in München erscheinende rechtsextreme „Deutsche Nationalzeitung“ dürfte auch in der Bundesrepublik nun nicht mehr länger unbehelligt ihr Unwesen treiben. Innenminister Benda wurde von der Bonner Bundesregierung ermächtigt, gegen den Herausgeber des Blattes, Dr. Frey, und dessen Verlag beim Bundesverfassungsgericht auf Aberkennung des Grundrechts der Meinungs- und Pressefreiheit zu klagen. Nach dem Bundesdeutschen Grundgesetz sind diese Grundrechte verwehrt, wenn „die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Rechtsordnung mißbraucht“ wird. Das Gericht kann auch das Ausmaß des Verstoßes der Grundrechte aussprechen. Welche Folgen ein solcher Beschluß hätte, läßt sich vorläufig noch nicht sagen, da es noch keinen Beispielsfall gibt, doch nimmt man an, daß die Folgen bis zu einer Beschlagnahme der Zeitung und zu Hausdurchsuchungen führen können. Der Verlust der Grundrechte muß mindestens ein Jahr betragen.

Der Antrag des Innenministers an das Verfassungsgericht bezieht sich nicht auf bestimmte Artikel des Blattes, sondern auf die gesamte Haltung.

Die Einstellung der Behörden zur „Nationalzeitung“ ist auch in Österreich eine lebhaft diskutierte Frage. Immer wieder werden — vor allem von Linkskreisen — Vorstände unternommen, die den Justizminister veranlassen sollen, gegen die „Nationalzeitung“ in Österreich vorzugehen. Die gesetzlichen Handhaben dazu sind allerdings unzureichend, so daß der Minister sich bis jetzt noch zu keinen Maßnahmen entschließen konnte.

kämpfenden Sozialdemokratischen Partei. Winter fand den Weg zu Otto Bauer. Er war in den Augen der damaligen Machthaber ein Mann der Linken, wurde aber von der Arbeiterschaft und von den Sozialdemokraten für einen Angehörigen der Reaktion gehalten. So sind alle Warnungen Winters, die er in den 12 Monaten vor den Februar-Ereignissen 1934 ausgesprochen hat, alle Versuche zu einer Verständigung zu kommen und eine „Vaterländische Front“ auf breiter Basis zu gründen, vergeblich gewesen. Wohl wurde die Vaterländische Front gegründet, es ist aber nicht gelungen, damals die Sozialdemokraten in eine solche Vaterländische Front einzubeziehen. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten setzten damals ihre Hoffnung auf die bewaffneten Auseinandersetzungen und bereiteten diese auch strategisch vor.

Die Lawine kam ins Rollen und es kam zu den furchtbaren Ereignissen des Februars 1934, in denen es zum offenen Kampf von Mann gegen Mann, von Regierung gegen Opposition kam. Ernst Karl Winter stand in diesen Tagen rechts, aber er dachte mit der Linken und er selbst litt schwer unter den Ereignissen dieses Februars 1934.

Dr. Engelbert Dollfuß, der vermeintliche Sieger von 1934, suchte nach einem Weg zur sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Ihm schien es am besten, einen Mann wie Ernst Karl Winter in das politische Kampffeld zu schicken, um mit den Sozialisten ins Gespräch zu kommen.

So kam es dazu, daß Dr. Engelbert Dollfuß Ernst Karl Winter im April 1934 in das Wiener Rathaus holte, wo er neben dem Führer der Vaterländischen Front, Richard Schmitz, dem Heimwehrführer Fritz Lahr und dem Vertreter des Gewerbes, Dr. Kresse, als Vertreter der Arbeiterschaft zum Vizebürgermeister berufen wurde. Dr. Ernst Karl Winter nahm diese Funktion als eine Mission an, er war sich bewußt, daß er nunmehr geraderufen berufen war, zwischen dem Staat und der großen Masse der sozialistischen Arbeiterschaft die Brücke zu schlagen und die Verbindung herzustellen. Er war sich in jedem Augenblick seiner politischen Tätigkeit bewußt, daß von dieser Versöhnung der Arbeiterschaft mit dem Staat auch die Entscheidung abhängt, ob Österreich an das Großdeutsche Reich angeschlossen wird, ob es dem Nationalsozialismus verfällt oder nicht.

(Fortsetzung folgt)

Karl PILLER's Nachfolger

**Photo-
Litho-
Offsetdruck
Buchdruck**

Lerchenfelder Straße 2a-4 · 1080 Wien
Telefon 42 83 61, 43 47 03

Stiftsvorstellung Kremsmünster

Oberösterreich

Stiftsführungen

Sehenswürdigkeiten

Ausschank

erstklassiger Stiftsweine



Dkfm. Ing. Dr. Wilhelm Heinisch

Radio-, Elektrogroß- und Außenhandel
 Gen.-Vertr. d. Marelli & Co. A. G.
 Heßgasse 9-11 und 14
 1080 Wien
 Telefon 42 35 71

„Heiru“ Antennen und Lusterzeugung Rudolf Heinz

Wien XIV,
 Eiswaggasse 48
 Telefon 92 35 17,
 92 35 27

DIE ZUCKERFABRIKEN ÖSTERREICHS

BRUCKER ZUCKERFABRIK
 Gesellschaft m. b. H.
 1041 Wien, Theresianergasse 23

Fabrik: 2480 Bruck a. d. Leitha, NO

ENNSER ZUCKERFABRIKS-AKTIENGESELLSCHAFT
 1010 Wien, Heßgasse 6

Fabrik: 4470 Enns, OO

HOHENAUER ZUCKERFABRIK
 der Brüder Strakos
 1037 Wien, Am Heumarkt 13

Fabrik: 2273 Hohenau a. d. March, NO

LEIPNIK-LUNDENBURGER
ZUCKERFABRIKEN AKTIENGESELLSCHAFT
 1013 Wien, Börsegasse 9

Fabriken: 2263 Dürnkrut, NO, und
 2285 Leopoldsdorf im Marchfeld, NO

SIEGENDORFER ZUCKERFABRIK
 Conrad Patzenhofers Söhne
 7012 Siegendorf/Bgld.

Fabrik: 7012 Siegendorf, Bgld.

TULLNER ZUCKERFABRIK AKTIENGESELLSCHAFT
 1014 Wien, Schaufelgasse 6

Fabrik: 3430 Tulln, NO

schaffler & co

Fabrik elektrischer Apparate
und elektrischer Zünder

Wien 15/105,

Sturzgasse 34

GROSS-KONDITIONE

Karl Nahodil

PHORUSGASSE 14

1040 WIEN

TELEFON 57 93 59

FUHRWERKSUNTERNEHMUNG
MINERALÖLTRANSPORTE

**Franz
Stummer**

Wien V, Hamburgerstr. 15, Telefon 57 72 81

FRANZ STUMMER

**Hamburger
Garage**

Wien V,
Hamburgerstraße 15
Tel. 57 72 81

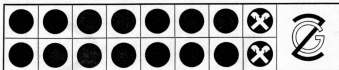
j. jolles studios

wiener
stick-kunst-
werkstätten
wien 7,
andreasgasse 6

POLKARBON

Österreichisch-polnische Kohlenhandelsgesellschaft K. G.

Wien I, Heßgasse 1, Telefon 63 06 25



BERATUNG

IN ALLEN GELDANGELEGENHEITEN

DURCHFÜHRUNG

SÄMTLICHER BANKGESCHÄFTE

SPITZENINSTITUT DES
RAIFFEISENSEKTORS IN ÖSTERREICH
1720 RAIFFEISENKASSEN, 9 ZENTRAL-
KASSEN, RAIFFEISEN BAUSPARKASSE

**GENOSSENSCHAFTLICHE
ZENTRALBANK AG**

WIEN I, HERRENGASSE 1

ZWEIFSTELLE
WIEN III, ST. MARK

EXPOSITUR
WIEN III, GROSSMARKTHALLE

Sparkasse in Grieskirchen

mit Filialen:

Neumarkt i. H. — Bad Schallerbach — Gallsbach

empfiehlt sich für alle Geldgeschäfte

privat-mädchenhauptschule borromäus

grieskirchen, oberösterreich

Allgemeines Krankenhaus der Schwestern vom hl. Kreuz

Wels

Oberösterreich



JOHN J. JONES

für gewandte...